

Bericht

des Gleichbehandlungsausschusses

über den Antrag 583/A(E) der Abgeordneten Mag. Meri Disoski, Dipl.-Kffr. (FH) Elisabeth Pfurtscheller, Kolleginnen und Kollegen betreffend „Geschlechtsspezifische Auswirkungen der Corona-Krise“

Die Abgeordneten Mag. Meri **Disoski**, Dipl.-Kffr. (FH) Elisabeth **Pfurtscheller**, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Entschließungsantrag am 28. Mai 2020 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Die Corona-Krise hat uns Augen geführt, dass es insbesondere Frauen sind, die mit ihrer Arbeit maßgeblich dazu beitragen, dass unsere alltägliche Versorgung gewährleistet ist. Ob im Lebensmittelhandel oder in der Produktion, ob im Gesundheits- und Pflegebereich, in der Reinigung, in Krisenzentren, der Kinderbetreuung oder der Arbeit im Haushalt.

Die Krise war und ist nach wie vor insbesondere für Frauen eine enorme Herausforderung und eine neue Mehrfachbelastung: Home-Office, Kinderbetreuung und Heimunterricht bei gleichzeitig eingeschränkter Unterstützung durch Kinderbetreuungs- und Bildungsinstitutionen oder durch Angehörige, wobei die Verteilung von unbezahlter Arbeit unter Frauen und Männern bereits vor der Corona-Krise ungleich verteilt war, wie zahlreiche Studien belegen. Hinzu kommt ein erhöhtes Risiko für häusliche Gewalt.

Es wurden daher in den vergangenen Wochen und Monaten eine Reihe an Maßnahmen gesetzt, die insbesondere auch Frauen unterstützen:

- Die Stärkung des Gewaltschutzes durch eine Informations- und Sensibilisierungskampagne gegen Gewalt an Frauen
- Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: Corona-Kurzarbeit und Sonderbetreuungszeit für Personen mit Betreuungspflichten bei Kindern und Behinderten (Kinder bis 14. Jahre bis zu 3 Wochen)
- Stärkung des Angebots zum seelischen Wohlbefinden (Paket für die Alltagsbewältigung und seelische Gesundheit in der Corona-Krise)
- Die Erleichterung des Zugangs zum Unterhaltsvorschuss
- Der Familienkrisenfonds für einkommensschwache Familien mit Arbeitslosenbezügen
- Der Corona-Familienhärteausgleich, der Familien, Kindern und insbesondere Alleinerziehenden hilft

„Frauenpolitik ist Gleichstellungspolitik“ – zu diesem Grundsatz bekennt sich die österreichische Bundesregierung in ihrem Regierungsübereinkommen. Erste Studien zu geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie (z.B. ‚Woman at the core of the fight against COVID-19-crisis‘ der OECD) warnen davor, dass die Corona-Krise bestehende Ungleichheiten kurzfristig verstärken könnte. Langfristig liegt hier jedoch auch das Potenzial, um die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern. Deshalb sollen die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie sowie der zu ihrer Bewältigung geschnürten Hilfs- und Unterstützungspakete zeitnah untersucht werden.“

Der Gleichbehandlungsausschuss hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 9. Juni 2020 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich im Anschluss an die

Ausführungen der Berichterstatterin Abgeordneten Mag. Meri **Disoski** die Abgeordneten Dipl.-Kffr. (FH) Elisabeth **Pfurtscheller** und Rosa **Ecker**, MBA sowie die Ausschussobfrau Abgeordnete Gabriele **Heinisch-Hosek**.

Bei der Abstimmung wurde der gegenständliche Entschließungsantrag der Abgeordneten Mag. Meri **Disoski**, Dipl.-Kffr. (FH) Elisabeth **Pfurtscheller**, Kolleginnen und Kollegen einstimmig beschlossen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Gleichbehandlungsausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle die **angeschlossene Entschließung** annehmen.

Wien, 2020 06 09

Mag. Meri Disoski

Berichterstatterin

Gabriele Heinisch-Hosek

Obfrau

